

Auf dem Weg zu einer Welt ohne Atomkraft! Zu den Themen Proliferation – Uranabbau – Finanzierung

Die nukleare Katastrophe von Fukushima ist eine welthistorische Zäsur in der Energiepolitik. Denn damit ist die Unbeherrschbarkeit dieser Technologie selbst in einem Land wie Japan offenkundig geworden. Die Konsequenz kann nur eine sein: den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie voranzutreiben, und zwar auf der ganzen Welt. Bislang jedoch ist auf internationaler Ebene der institutionelle und finanzielle Rahmen auf den Ausbau der Atomkraft ausgerichtet. Hier muss es eine Kehrtwende geben. Das vorliegende Papier macht dazu konkrete Vorschläge.

Atomenergie: weltweit ungelöste Probleme

Die Atomenergie hat aktuell einen Anteil von 14 Prozent an der weltweiten Stromversorgung. Ihr Anteil am tatsächlichen Energieverbrauch sinkt dagegen stetig und liegt heute unter zwei Prozent weltweit. 443 Reaktoren in 29 Ländern erzeugen jährlich 2560 Milliarden Kilowattstunden Strom. Momentan sind in 14 Ländern insgesamt 62 Reaktoren im Bau, einige davon allerdings bereits seit über 20 Jahren. 27 Neubauten finden sich alleine in China, zehn in Russland, jeweils fünf in Südkorea und Indien, jeweils zwei in Japan, Kanada und der Slowakei sowie jeweils einer in Argentinien, Brasilien, Iran, Finnland, Frankreich, Pakistan und den USA. Weitere 158 Reaktoren befinden sich angeblich weltweit in Planung. Die hochtrabenden Pläne entpuppen sich jedoch oftmals als nicht realistisch. So hat in Italien ein Bürgerbegehren den Bau von AKWs untersagt, in Großbritannien ziehen sich die Investoren zurück und in den USA liegen die Pläne inzwischen auf Eis. Dennoch: Die verbliebenen neuen Atomprojekten sind zum Teil höchstproblematisch. So soll z.B. in Indien eines der größten Atomkraftwerke der Welt in Jaitapur, etwa 300 km südlich von Mumbai, in einem erdbebengefährdeten Gebiet entstehen. Während weltweit immer mehr Atomkraftwerke errichtet werden, bleibt die Frage ungelöst, wie die radioaktiven Abfälle über zehntausende von Jahren sicher gelagert werden können. Laut IAEA fallen bereits jetzt weltweit jährlich 2,8 Millionen Kubikmeter radioaktiven Abfalls an. Ungelöst sind auch die massiven Probleme, die bereits der Abbau des für die Energieproduktion nötigen Urans verursacht.

In Entwicklungs- und Schwellenländern sind die nuklearen Sicherheitsstandards erschreckend niedrig, von der Reaktorsicherheit über die Müllentsorgung bis hin zu Proliferationsrisiken und Katastrophenschutz. In den letzten 10 Jahren haben Sicherheitsbehörden weltweit geplante Terroranschläge oder Bedrohungen von Kernkraftwerken, beispielsweise in Südafrika oder Indien, registriert. Atombehörden kommen ihren Aufsichtspflichten in Entwicklungs- und Schwellenländern in der Regel nur äußerst begrenzt nach, gleichzeitig mangelt es an Transparenz. Proteste der Bevölkerung werden häufig unterdrückt. Die Vergangenheit hat zudem gezeigt, dass ehrgeizige Atomprojekte die Verschuldung in Entwicklungs- und Schwellenländern massiv vorantreiben. Für das Atomkraftwerk Angra 2 musste Brasilien beispielsweise alleine 1,4 Milliarden Euro Schulden aus geplatzten Hermes-Bürgschaften gegenüber Deutschland begleichen.

Proliferation: Gefahr für die internationale Sicherheit

So lange Atomenergie zivil genutzt wird, ist die internationale Sicherheit gefährdet. Mit der zunehmenden Ausbreitung der zivilen Nutzung erwerben immer mehr Staaten die Fähigkeit zum Aufbau militärischer Nuklearprogramme. Die Beispiele Iran und Nordkorea zeigen, wie gefährlich der fließende Übergang zwischen ziviler und militärischer Nutzung von Atomenergie ist. Derzeit verfügen mehr als 40 Staaten über die industriellen oder wissenschaftlichen

Voraussetzungen, um in kurzer Zeit Atomwaffen zu bauen. Die aus der weltweiten zivilen Nutzung von Atomenergie resultierenden ökologischen und sicherheitspolitischen Risiken verleihen der nuklearen Bedrohung im 21. Jahrhundert eine neue Dimension.

Die atomare Sicherheit ist grundsätzlich in jedem Land, in dem sich waffenfähiges Atommaterial befindet, bedroht. Tausende Tonnen waffenfähiges Atommaterial lagern an ungesicherten Orten, oftmals nur geschützt durch einen Maschendrahtzaun und können somit leicht in die falschen Hände geraten, seien es die von Terroristen oder Kriminellen. Know-How und Expertise für den Bau von Atomwaffen sind aufgrund des starken Wachstums von Information und Handel heute leichter verfügbar als jemals zuvor. Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich ein Schwarzmarkt für Atommaterial von unbekanntem Ausmaß entwickelt. Damit wächst auch die Bedrohung durch Atomterrorismus. Gelangt radioaktives Material in die Hände von Terroristen, ist die Verwendung für terroristische Angriffe wahrscheinlich. Die von Atomwaffen ausgehende Gefahr wird zudem verstärkt durch die Möglichkeit von Cyber-War und Cyber-Terrorismus. Eine durch Cyber-Attacken ausgelöste Beeinträchtigung des Kommando- und Kontrollsystems hätte katastrophale Folgen.

Das aktuelle atomare Nichtverbreitungsregime wird dieser Bedrohung nicht gerecht. Im Gegenteil, es unterstreicht das Recht auf zivile Nutzung von Atomenergie und verspricht Unterstützung bei der Erschließung dieser höchstrisikanten Energiequelle. Statt die Nichtverbreitung von Atommaterial umfassend zu unterbinden, erlaubt der Atomwaffensperrvertrag den Unterzeichnerstaaten die Entwicklung und Nutzung aller Komponenten des nuklearen Brennstoffkreislaufes für zivile Zwecke. Dies verdreht die Entstehungsgeschichte des Nichtverbreitungsregimes. Denn dieses beruht im Kern auf dem Verzicht der Nichtatomwaffenstaaten auf die Atombombe im Austausch gegen atomare Abrüstung seitens der Atommächte. Ziel ist die Nichtverbreitung und Reduzierung von Atomwaffen. Doch statt ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, haben die Atommächte nach und nach einen neuen Deal ausgehandelt. Für den Verzicht auf eigene Atomwaffen wurde den Nichtkernwaffenstaaten die zivile Nutzung schmackhaft gemacht. Diese Strategie hat fatale Konsequenzen. Denn sie erhöht das Risiko, dass Atommaterial oder Atomwaffen in die falschen Hände geraten oder sich ein GAU wie in Tschernobyl und Fukushima aufgrund unzureichender Sicherheitsstandards und des bestehenden Restrisikos wiederholt. Die zunehmende Verherrlichung der friedlichen Nutzung von Atomenergie als Patentlösung großer Menschheitsprobleme, angefangen von der Armut bis hin zum Klimawandel, läuft Gefahr, den Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag zum Atomkraft-Verbreitungsvertrag mutieren zu lassen.

Um die Problematik der doppelten Verwendung von Atommaterial in den Griff zu bekommen, gibt es nur eine Lösung: den konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie. Deutschland muss daher nicht nur national schnellstmöglich den Atomausstieg umsetzen, sondern weltweit für den Ausstieg werben. Ein grundsätzliches Umdenken in der Frage der weltweiten Energieversorgung könnte der wertvollste Beitrag Deutschlands für eine atomwaffenfreie und sicherere Welt sein.

Ohne Uran keine Atomenergie: Uranabbau weltweit ächten

Auch in der GRÜNEN Diskussion zum Atomausstieg ist ein wichtiger Aspekt stark unterbeleuchtet: die Herkunft des Urans, das in deutschen AKWs verwendet wird. Während das Problem der Endlagerung auf unserer Agenda fest verankert ist, spielt die Herkunft des Urans in der Debatte kaum eine Rolle. Der Abbau von Uran ist äußerst gefährlich und bringt massive Risiken für Mensch und Umwelt mit sich – das müssen wir stärker thematisieren. Deutschland ist von Uranimporten abhängig und als Importeur mitverantwortlich für die Schäden und Gefahren vor Ort. Schon seit Beginn der 1990er Jahre können die weltweiten Uranminen den aktuellen Bedarf nicht decken. Derzeit wird dieser noch durch Uran aus der Konversion von Kernwaffen und aus alten Beständen beglichen. Diese Lagerbestände werden innerhalb der nächsten zehn Jahre ausgeschöpft sein. Deshalb wird der Abbau von Uran auf immer mehr Regionen und unter immer massiveren Eingriffen in die Natur ausgedehnt. Damit steigt die Gefahr, dass auch dort Uran abgebaut wird, wo das Uranerz nur einen sehr geringen

Urangehalt aufweist. In vielen Abbaugebieten werden Menschenrechte missachtet und massive, langanhaltende Umweltverschmutzungen billigend in Kauf genommen. 75 Prozent der weltweiten Uranvorräte liegen in Regionen, in denen indigene Bevölkerungsgruppen leben. Uranbergbau zerstört ihre Lebensgrundlagen und ihre Kultur, ihre heiligen Stätten und auf viele Generationen hinaus ihre Gesundheit. Auf und um Abraumhalden bleiben 80 Prozent der ursprünglichen radioaktiven Strahlung erhalten. Uran gelangt durch Inhalation von verseuchter Luft oder durch verseuchtes Trinkwasser in den menschlichen Körper und kann verschiedene Arten von Krebs und Bluterkrankungen verursachen. Diese Gesundheitsschädigungen sind Menschenrechtsverletzungen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter vor Ort und die Bewohnerinnen und Bewohner naheliegender Dörfer werden diesen Menschenrechtsverletzungen in unverantwortlicher Weise ausgesetzt. Über die Gefahren des Abbaus durch den Einsatz von Chemikalien oder die Risiken von Radioaktivität gibt es kaum Aufklärung und die Menschen sind sich dessen oft nicht bewusst. Ohne Schutzkleidung oder sonstige Schutzmaßnahmen vergiften sich die ArbeiterInnen durch das radioaktiv strahlende Urangestein. Strahlende Abfälle werden in unmittelbarer Nähe zu Dörfern gelagert, der ungesicherte Abtransport des Gesteins findet z.T. offen und ungeschützt statt. Viele der uranexportierenden Staaten sind aufgrund von Problemen in der Regierungsführung und von Korruption nicht in der Lage, den Uran-Unternehmen Auflagen zu machen und den Schutz von Mensch und Umwelt zu garantieren. Darüber hinaus fehlt in vielen Staaten eine entsprechende Umweltgesetzgebung. So gibt es beispielsweise häufig keine Strahlenschutzgesetze oder bestehende Gesetze werden nicht umgesetzt. Kritikerinnen und Kritiker werden eingeschüchert, zum Teil sogar verhaftet und vor Gericht gestellt.

Deshalb muss die Herkunft des in Deutschland verwendeten Urans offengelegt werden. Wir fordern Klarheit und Transparenz in Bezug auf die Herkunft des Urans – sowohl über die Herkunftsländer als auch über einzelne Minen bzw. Bergwerke. Außerdem fordern wir substanzielle ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards beim Abbau des Urans. Die in den Uranabbaugebieten aktive Zivilgesellschaft muss geschützt und die lokale Bevölkerung darin bestärkt werden, besseren Schutz vor Radioaktivität und gegen die Verseuchung durch Chemikalien (Tailings) einzuklagen. Diese Forderungen können aber nur Zwischenschritte sein auf dem Weg hin zu einer Ächtung des Uranabbaus auf internationaler Ebene.

Doppel moral: Deutsche Förderung und Finanzierung von Atomkraft weltweit

Die Förderung des Ausbaus der Atomtechnologie und der internationalen Nutzung durch die Bundesrepublik Deutschland ist unverantwortlich und muss unverzüglich beendet werden. Der deutsche Ausstieg bleibt unglaubwürdig, so lange deutsche Atomtechnologie weiter weltweit exportiert und gefördert wird. Mit der 17. Legislaturperiode hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die seit 2001 geltenden nationalen Hermes-Umweltleitlinien außer Kraft gesetzt und damit den Ausschluss der Exportförderung von Nukleartechnologie zum Neubau bzw. zur Umrüstung von Atomanlagen aufgehoben. Anfang 2010 hat die Bundesregierung die erste Bürgschaft für Atomexporte im Grundsatz zugesagt und sich bereit erklärt, die Beteiligung von Siemens/Areva am bereits begonnenen Bau des Reaktors Angra 3 mit 1,3 Milliarden Euro Hermesbürgschaften abzusichern. Inzwischen ist Siemens aus dem gemeinsamen Atomgeschäft mit Areva ausgestiegen. Ein Streit zwischen den beiden Unternehmen aufgrund der Verletzung vertraglicher Pflichten durch Siemens wird vor Gericht geregelt. Nach dem Verkauf der Siemens-Anteile an Areva liegt also keine deutsche Beteiligung am Unternehmen Areva NP, für das die Hermesbürgschaft vergeben wurde, mehr vor. Das Kraftwerk Angra 3 wird mit veralteter Technik errichtet, der Katastrophenschutz ist unzureichend, eine schnelle Evakuierung der Bevölkerung ist nicht gewährleistet. Wir fordern, keine Hermesbürgschaften für Nukleartechnologien oder andere Technologien, die für den Bau von Atomkraftwerken bestimmt sind, mehr zu vergeben. Die Grundsatzzusage für die Hermesbürgschaft Angra 3 in Brasilien muss sofort zurückgezogen werden. Und die Hermes-Umweltleitlinien von 2001 müssen umgehend wieder in Kraft gesetzt und konsequent eingehalten werden.

Ein entscheidender Faktor für den weltweiten Ausbau der Atomenergie stellt deren Finanzierung dar. Deshalb setzen wir uns entschieden dafür ein, diese soweit wie möglich zu unterbinden. Internationale Entwicklungsbanken dürfen keine Atomprojekte unterstützen und Deutschland muss sich als Anteilseigner für ein Finanzierungsverbot einsetzen. Wir fordern, dass der deutsche Staat als (Mit-)Eigentümer öffentlich-rechtlicher und privater Banken auf eine Verhinderung der Finanzierung von Atomprojekten hinwirkt. Denn auch deutsche Banken finanzieren den Ausbau von Atomenergie weltweit. So haben die Deutsche Bank und die WestLB Anleihen in Höhe von je etwa 30 Mio. Euro von Tepco, der Betreibergesellschaft des havarierten AKW Fukushima, gekauft. Die Muttergesellschaft der deutschen ING Diba erwarb für ca. 15. Millionen Euro Anleihen von Tepco. Beileibe keine Einzelfälle: Zwischen 2000 und 2009 haben deutsche Banken Finanzdienstleistungen in Höhe von rund 19 Mrd. Euro für Atomprojekte zur Verfügung gestellt.¹ Doch nicht nur Privatbanken, auch öffentlich-rechtliche Landesbanken sowie das Zentralinstitut der Genossenschaftsbanken, die DZ Bank, mischen ebenfalls mit bei der Finanzierung von Atomprojekten.

Wir müssen stärker als bisher die Finanzierung von Atomtechnologie im Ausland in den Fokus rücken und Vorschläge machen, wie Anleger besser informiert werden können und wie verhindert werden kann, dass weiterhin Steuergelder in den Ausbau der Atomenergie fließen. Wie so oft auf den Finanzmärkten liegt auch hier das Hauptproblem in mangelnder Transparenz: Die meisten Bankkunden wissen nicht, in welche Projekte ihr Geld investiert wird. Sie werden nicht gefragt und wenn sie sich selbst informieren möchten, kommen sie in der Regel nicht weit. Denn sogar wenn ein Privatanleger bewusst nachhaltig investieren will, kann er sich bei entsprechend lautenden Produkten nicht sicher sein, dass Investitionen in Atomkraft tatsächlich ausgeschlossen werden. Mindestkriterien für nachhaltige Finanzprodukte gibt es nicht, sodass letztlich jede Bank selbst entscheiden kann, was sie für „nachhaltig“ erachtet. Wir GRÜNE fordern solche Mindestkriterien seit langem. Angesichts der erneut zutage getretenen massiven Gefahren der Atomenergie reicht aber Transparenz nicht aus. Deshalb sollten wir über schärfere Kriterien bei Investitionen in Atomenergie debattieren, so wie wir auch in anderen Bereichen Investitionsverbote fordern (etwa für völkerrechtswidrige Waffen, vgl. Drs. 17/4697).

Gänzlich unglaublich macht sich eine Bundesregierung, wenn sie öffentlichkeitswirksam aus der Atomkraft aussteigen will, Investitionen in Kernkraft aber finanziell fördert. Genau das passiert heute, indem bei der Zertifizierung von Riester-Produkten, also der staatlichen „Zulassung“ und Förderung von Riester-Verträgen, keinerlei Berücksichtigung ökologischer und ethischer Kriterien stattfindet. Mittelfristig sollten wir GRÜNE uns dafür einsetzen, dass Produkte, die bestimmte Investitionen – etwa in Atomkraft – beinhalten, nicht für die Riester-Förderung zertifiziert werden. Der staatliche Einfluss auf Investitionsentscheidungen in Atomkraft kann und muss aus unserer Sicht noch weitergehen: Wir fordern, dass das Finanzvermögen des Staates so angelegt wird, dass Investitionen in Atomenergie ausgeschlossen werden und dass das Gemeinnützigkeitsrecht dahingehend geändert wird, dass mit dem Vermögen gemeinnütziger Stiftungen keine Kernenergieprojekte finanziert werden. Die Handlungsmöglichkeiten des Staates zur Verhinderung des weltweiten Ausbaus von Atomenergie sind also vielfältig, werden jedoch heute allesamt nicht angewendet. Dies verwundert bei einer schwarz-gelben Bundesregierung nicht – wir GRÜNE müssen auf diese Möglichkeiten und Notwendigkeiten aber immer wieder hinweisen.

Was fehlt: Starke und unabhängige internationale Institutionen für den weltweiten Ausstieg

Die Internationalen Atom-Energie-Behörde (IAEO) hat die Förderung der zivilen Nutzung der Atomkraft zum Ziel. Damit steht die Arbeit der IAEO in diametralem Widerspruch zu unserer Zielsetzung: Wir wollen den Ausstieg! Die IAEO propagiert Atomkraft trotz der unvorstellba-

¹ Vgl. Richter/Happe/Schücking (2010): Wie radioaktiv ist meine Bank?, Sassenberg.

ren Konsequenzen für die japanische Bevölkerung weiterhin als stabile und klimaneutrale Energiequelle. Die Behörde wirbt weiterhin für Atomkraft, und dies auch in zum Teil politisch instabilen Ländern, wie etwa Algerien, Marokko, Tunesien oder Nigeria. Die IEAO dominiert den internationalen Diskurs. So wurde bereits 1959 ein über 40 Jahre geheim gehaltener Vertrag zwischen IEAO und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geschlossen, der die Freiheit und Unabhängigkeit der WHO erheblich einschränkt: Die WHO hat sich verpflichtet, die IEAO zu konsultieren, bevor sie ein Forschungsprogramm oder Maßnahmen zu Strahlungsfolgen einleitet, um die Fragen einvernehmlich zu klären. Dieses Abkommen ist unhaltbar. Es führt unter anderem dazu, dass die WHO die gesundheitlichen Folgen der Katastrophe von Tschernobyl bis heute herunterspielt, die nukleare Katastrophe in Fukushima nicht unabhängig bewertet und Dokumente zu den Risiken der Atomtechnologie nicht veröffentlicht. Wir fordern: Der Vertrag zwischen IEAO und WHO muss unverzüglich aufgekündigt werden. Außerdem muss ein Gegengewicht zur IEAO geschaffen werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (International Renewable Energy Agency, IRENA) ein. Diese wurde 2009 gegründet mit dem Ziel, die Einführung und Nutzung erneuerbarer Energien weltweit zu fördern. Wir wollen IRENA in die Lage versetzen, Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern bei der Erschließung ihres Potenzials an erneuerbaren Energie zu unterstützen.

Deshalb: Jetzt die Weichen stellen! Für eine Welt ohne Atomkraft!